

## Entscheidungsvorschläge zu abwägungsrelevanten Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren

**Anlage B**

**Bezeichnung der Maßnahme:** 104. Änderung des Flächennutzungsplanes (Baugebiet „Nördlich Am Rauhtopf“ und Baugebiet „Erweiterung Habichtshorst - westlich Bokeler Straße“)

**Verfahrensgang:** Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB (Auslegung vom 04.10. bis 18.10.2017)

Behörde und Datum des Schreibens	Entscheidungsvorschlag
<p>1. <b><u>Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände Aschendorf-Hümmling, Geschäftsstelle, Emdener Straße</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 05.10.2017</u></b></p> <p>Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen seitens des Unterhaltungsverbandes 104 „Ems IV“ unter Berücksichtigung der nachstehenden Gesichtspunkte grundsätzlich keine Bedenken:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Der UV 104 „Ems IV“ ist am wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen.</li><li>• Sollten Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Flächennutzungsplanes an Verbandsgewässern II. und III. Ordnung vorgesehen sein, so ist hier ein Abstand von 5 m einzuhalten.</li></ul>	<p>Der Hinweis des Kreisverbandes Aschendorf – Hümmling wird berücksichtigt und der Unterhaltungsverband 104 „Ems IV“ wird am wasserrechtlichen Verfahren beteiligt.</p> <p>Das Kompensationsdefizit wird aus dem Ökokonto der Stadt Papenburg beglichen. Die Maßnahmen sind bereits umgesetzt.</p>

2. **EWE NETZ GmbH, Emsteker Straße 60, 49661 Cloppenburg**

**Stellungnahme vom 10.10.2017**

Seitens der EWE NETZ GmbH wird ausgeführt, dass die Netze der EWE täglich weiterentwickelt werden und sich dabei verändern. Dies könne im betreffenden Planbereich über die Laufzeit des Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Die EWE kann eine stets aktuelle Anlagenauskunft über ihr modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen, damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Es wird deshalb darum gebeten, sich über die genaue Art und Lage der zu berücksichtigenden Anlagen der EWE auf der Internetseite zu informieren.

Die Aufstellung oder Veränderung von Leitplanungen kollidiert in der Regel nicht mit dem Interesse der EWE an einer Bestandswahrung für deren Leitungen und Anlagen. Sollte sich hieraus im nachgelagerten Prozess die Notwendigkeit einer Anpassung der Anlagen, wie z. B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollten dafür die gesetzlichen Vorgaben, die anerkannten Regeln der Technik sowie die Planungsgrundsätze der EWE NETZ GmbH gelten. Gleiches gilt auch für die Neuherstellung, z. B. Bereitstellung eines Stationsstellplatzes. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Es wird gebeten, die EWE auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und frühzeitig zu beteiligen. Es werden keine weiteren Bedenken und Anregungen vorgebracht.

Die Stellungnahme der EWE NETZ GmbH wird zur Kenntnis genommen und bei der Konkretisierung der Planung berücksichtigt.

Die EWE NETZ GmbH wird auch am weiteren Bauleitplanverfahren beteiligt.

<p>3. <b><u>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 09.10.2017</u></b></p> <p>Seitens des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr wird mitgeteilt, dass sich die o. g. Plangebiete alle in einem Jetnachtfliegekorridor, welcher 10 km breit ist, befindet. In diesen Korridoren fliegen Jets zu Test- und Übungszwecken in einer Höhe von ca. 200 bis 220 m über Grund.</p> <p>Gegen das Vorhaben der Ausweisungen in Wohnbauland und geplanter Wohnnutzung mit max. Höhe der baulichen Anlagen als Höchstmaß bis 30 m über Grund bestehen seitens der Bundeswehr bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage keine Bedenken. Eine erneute Beteiligung am Verfahren ist aus Sicht der Bundeswehr nicht erforderlich.</p>	<p>Die Stellungnahme des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>4. <b><u>Avacon Netz GmbH, Watenstedter Weg 75, 38229 Salzgitter</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 13.10.2017</u></b></p> <p>Seitens der Avacon Netz GmbH wird ausgeführt, dass sich im Anfragebereich keine Versorgungsanlagen von Avacon Netz GmbH / Purena GmbH / WEVG GmbH &amp; Co. KG.</p> <p>Es ist zu beachten, dass die Markierung dem Auskunftsbereich entspricht und dieser einzuhalten ist.</p>	<p>Die Stellungnahme der Avacon Netz GmbH wird zur Kenntnis genommen.</p>

<p>26871 Papenburg OT Aschendorf Am Rauhtopf</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass im o. g. Auskunftsbereich Versorgungsanlagen liegen können, die nicht in der Rechtsträgerschaft der oben aufgeführten Unternehmen liegen.</p>	
<p>5. <b><u>Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, Geschäftsstelle Meppen, 49702 Meppen</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 11.10.2017</u></b></p> <p>Das Amt für regionale Landesentwicklung führt aus, dass der vorgelegte Planentwurf einen Flächenbereich überdeckt, in dem das Flurbereinigungsverfahren Aschendorf-Süd im Mai 2017 zur Schlussfestsetzung gekommen ist. Somit bestehen gegen die Planung keine Bedenken.</p>	<p>Die Stellungnahme des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>6. <b><u>Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Marienstraße 34, 30171 Hannover</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 13.10.2017</u></b></p> <p>Sofern in den anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenforschung empfohlen wird, macht das LGLN darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenforschung zuständig sind.</p>	

Eine Maßnahme der Gefahrenforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Krieglufbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.

Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, wird um eine entsprechende schriftliche Auftragserteilung gebeten.

Im Plangebiet besteht Kampfmittelverdacht. Eine Gefahrenforschung wird empfohlen.

Vom Fachbereich Planen/Umwelt der Stadt Papenburg wurde bereits im Rahmen der Erstellung des Gesamtkonzeptes für eine Wohnbebauung auf den Flächen zwischen der Waldseestraße und „Zum Draiberg“ eine Anfrage an das LGLN vom 01.06.2016 bezüglich der Kampfmittelfreiheit gestellt. Als Ergebnis der Luftbildauswertung wurde mit Schreiben vom 05.07.2016 mitgeteilt, dass die Aufnahmen im westlichen Bereich der 104. Flächennutzungsplanänderung Kriegseinwirkungen/ Bodenverfärbungen und einen Splittergraben zeigen. Daher sei seitens der Fachbehörde davon auszugehen, dass noch Kampfmittel vorhanden sein können, von denen eine Gefahr ausgehen kann. Im Bereich des Splittergrabens werden Gefahrenforschungmaßnahmen empfohlen.

Sofern weitere Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen notwendig werden, werden diese vor der Umsetzung der Planung durchgeführt.

	<p>Zusätzlich wird ein Hinweis in die Bauleitplanunterlagen des dazugehörigen Bebauungsplanes Nr. 262 aufgenommen, dass im Fall von Kampfmittelfunde bei Erdarbeiten umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst des LGLN zu benachrichtigen ist.</p>
<p>7. <b><u>Deutsche Telekom Technik GmbH, Hannoversche Str. 6 – 8, 49084 Osnabrück</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 19.10.2017</u></b></p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der Planung wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Die Telekom wird die Voraussetzungen zur Errichtung eigener TK-Linien im Baugebiet prüfen. Je nach Ausgang dieser Prüfung wird die Telekom eine Ausbauentcheidung treffen. Vor diesem Hintergrund behält sich die Telekom vor, bei einem bereits bestehenden oder geplanten Ausbau einer TK-Infrastruktur durch einen anderen Anbieter auf die Errichtung eines eigenen Netzes zu verzichten. Die Versorgung der Bürger mit Universaldienstleistungen nach § 78 TKG wird sichergestellt.</p> <p>Es wird gebeten, Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens drei Monate vor Baubeginn, schriftlich anzuzeigen und die Deutsche Telekom Technik GmbH zu der Baubespre-</p>	<p>Die Stellungnahme der Deutschen Telekom Technik GmbH wird zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Planung beachtet.</p>

<p>chung mit den Versorgungsfirmen einzuladen; es wird ein Mitarbeiter zu dieser Besprechung entsandt. Bei Planungsänderungen bittet die Deutsche Telekom Technik GmbH um erneute Beteiligung.</p>	
<p>8. <b><u>Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Große Straße 14, 26871 Aschendorf</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 18.10.2017</u></b></p> <p>Zur Bauleitplanung der Stadt Papenburg im Bereich der Waldseestraße in Aschendorf wurde durch die Landwirtschaftskammer Niedersachsen ein Geruchsgutachten nach der Geruchsimmissionsschutzrichtlinie (GIRL) vom 15.08.2016 erstellt. Es wurden 5 landwirtschaftliche Hofstellen, eine Pferdehaltung, der Reit- und Fahrverein Aschendorf sowie eine ehemalige Kläranlage in dem Gutachten berücksichtigt.</p> <p>In dem dargestellten Plangebiet „Nördlich Am Rauhtopf“ werden im westlichen Bereich die maximal zulässigen Immissionswerte von IW 10 überschritten. Daher ist ein Streifen von 80 m entlang der Hauptstraße von einer Wohnnutzung auszuschließen.</p> <p>Im Bereich des Plangebietes „Erweiterung Habichtshorst – westlich Bokeler Straße“ werden die maximal zulässigen Immissionswerte von IW 10 unterschritten und sind somit für eine Wohnbebauung nutzbar.</p>	<p>Die Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Niedersachsen wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>9. <b><u>Niedersächsisches Landesamt für Denkmalschutz, Abteilung Archäologie, Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, 26121 Oldenburg</u></b></p>	

<p><b><u>Stellungnahme vom 18.10.2017</u></b></p> <p>Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden zu den Planungen folgende Bedenken oder Anregungen vorgetragen:</p> <p>Zum Schutz der im Plangebiet vorhandenen und vermuteten archäologischen Befund und Funde muss gewährleistet sein, dass die in der Begründung unter Punkt 1.5.8 „Denkmalpflege“ bereits aufgeführte erforderliche Prospektion und ggf. weiterführende archäologische Untersuchungen hinreichend beachtet werden.</p> <p>Es wird vorausgesetzt, dass sich der Vorhabenträger diesbezüglich frühzeitig mit den Denkmalbehörden in Verbindung setzt.</p>	<p>Die Stadt Papenburg wird sich rechtzeitig vor Beginn der Erschließungsarbeiten mit der Denkmalbehörde abstimmen und mit einem Fachbüro eine Prospektion und ggf. weiterführende archäologische Untersuchungen durchführen.</p> <p>Der Belang der Denkmalpflege und Archäologie wurde zudem als Hinweis in die Bauleitplanunterlagen der dazugehörigen Bebauungspläne eingestellt.</p>
<p>10. <b><u>Landkreis Emsland, Postfach 15 62, 49705 Meppen</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 19.10.2017</u></b></p> <p>Seitens des Landkreises Emsland wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p><b><u>Städtebau</u></b></p> <p>Bezug nehmend auf die Informationsschreiben des Landkreises Emsland vom 07.07.2017 und 31.07.2017 zu den aktuellen Änderungen im Baugesetzbuch zur Bauleitplanung wird insbesondere auch auf die Beachtung der neuen Anlage I zum BauGB und der damit verbundenen umfassenden Erweiterungen bzw. Änderungen des Umweltberichtes hingewiesen.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme und Beachtung.</p>



### **Naturschutz und Forsten**

Das Plangebiet wird zurzeit ackerbaulich genutzt. Nördlich und östlich schließen weitere landwirtschaftliche Nutzfläche an. Im Westen sind ebenfalls landwirtschaftliche Nutzflächen auszumachen, wobei die Flächen hier zu einem großen Teil einem Schutzstatus unterliegen und sowohl als Landschaftsschutz- als auch als Natura 2000-Gebiet (FFH- und EU-VS- Gebiet) ausgewiesen sind. Lediglich im Süden besteht eine Anbindung an vorhandene Siedlungsstrukturen.

#### **Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP)**

Wie in der kurzen Gebietsbeschreibung bereits ausgeführt, weist das Plangebiet lediglich im Süden eine Anbindung an vorhandene Wohnbebauungen auf, ragt ansonsten jedoch in die freie und offene Landschaft hinein. Hinzu kommt die Nähe zum EU-Vogelschutzgebiet „Ems“. Die Lage des Plangebietes erfordert daher die Durchführung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP). Zu untersuchen ist in erster Linie die Tiergruppe der Brutvögel (Brutvögel, Rast- und Gastvögel).

Ergeben sich im Zuge der Erhebungen und Kartierungen Hinweise auf die Anwesenheit weiterer geschützter Arten, ist zwecks weiterer Vorgehensweise eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zu suchen.

#### **Eingriffsregelung nach dem BNatSchG**

Im Rahmen der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG gilt es zunächst, dem Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatz nach § 13 BNatSchG, der besagt, dass Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu minimieren und zu vermeiden sind, zu entsprechen. Die Vermeidung

Für die Beurteilung der Auswirkungen des Bebauungsplans auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild wurde, neben einem Umweltbericht, auch eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durch ein externes Fachbüro erarbeitet.

Eine Vermeidung des Eingriffs im Geltungsbereich ist nicht möglich, da in Papenburg noch immer ein Bedarf an Wohnbauland besteht und dieser in direkter Nachbarschaft zu bereits bestehenden Strukturen gedeckt werden soll.

<p>und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend. Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um zum einen vorhandene Schutzgebiete, gesetzlich geschützte Biotope, geschützte Landschaftsbestandteile etc. und zum anderen vorhandene Grünstrukturen wie Waldflächen, Baumreihen, Baumgruppen oder Einzelbäume, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer zu sichern, zu schützen oder dauerhaft zu erhalten.</p> <p>Für die o. g. Bauleitplanung ist eine Umweltplanung durchzuführen. Die entsprechenden Daten, Erhebungen und Kartierungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und unmittelbar an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten.</p> <p>Aus einer zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung, die sich aus der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG ergibt, sind die Art, die Lage und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen abzuleiten und spätestens auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung konkret und detailliert (Plan und Text) dazustellen.</p> <p><b><u>Wasser- und Bodenschutz</u></b></p> <p>Gegen die o. g. Bauleitplanung der Stadt Papenburg bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken, wenn folgende Auflagen und Bedingungen berücksichtigt werden:</p> <p>Die Einflüsse auf den Wasserhaushalt (Grundwasserneubildungsrate, Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses, Auswirkung auf die Wasserqualität, etc.) sind auf Grundlage wasserwirtschaftlicher</p>	<p>Vorhandene Grünstrukturen werden bei der Planung der dazugehörigen Bebauungspläne berücksichtigt.</p> <p>Für die Beurteilung der Auswirkungen der Planung auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild wurde ein Umweltbericht sowie eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durch ein externes Fachbüro erarbeitet. Auch die Eingriffsbilanzierung wurde erstellt.</p> <p>Die externe Kompensation wird aus dem Ökokonto der Stadt Papenburg beglichen. Die Maßnahmen aus dem Ökokonto wurden bereits umgesetzt.</p> <p>Die Hinweise zur Wasserwirtschaft werden bei der weiteren Planung berücksichtigt.</p>
--	---

Voruntersuchungen in der Umweltprüfung zu bewerten.

Im Zuge der Bauleitplanung ist ein schlüssiges Konzept zur Beseitigung des Oberflächenwassers aufzuzeigen. Die erforderliche Anpassung einer bestehenden Erlaubnis, ist bei der Unteren Wasserbehörde, parallel zum Bauleitverfahren, entsprechend zu beantragen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Erfordernisse der Wasserwirtschaft Einfluss auf die Gestaltung des Plangebiets und die Flächenverfügbarkeit haben können. Deshalb ist es notwendig, wasserrechtliche Verfahren bis zur Entscheidungsreife voranzubringen, bevor die Bauleitplanung verabschiedet werden kann.

Hinweis:

Die Belange der Wasserver- und -entsorgung können auf Grundlage der eingereichten Unterlagen nicht beurteilt werden.

**Abfallwirtschaft**

Die Zufahrt zu Abfallbehälterstandplätzen ist nach den geltenden Arbeitsschutzvorschriften so anzulegen, dass ein Rückwärtsfahren von Abfallsammelfahrzeugen nicht erforderlich ist.

Die Befahrbarkeit des Plangebietes mit 3-achsigen Abfallsammelfahrzeugen ist durch ausreichend bemessene Straßen und geeignete Wendeanlagen gemäß den Anforderungen der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt in der aktuellen Fassung Ausgabe 2006) zu gewährleisten. An Abfuhrtagen muss die zum Wenden benötigte Fläche der Wendeanlage von ruhendem Verkehr freigehalten werden. Das geplante Rückwärtsfahren und das Befahren von Stichstraßen ohne Wendemöglichkeiten ist für Entsorgungsfahrzeuge bei der Sammelfahrt nicht zulässig.

Die Wendeplätze in den Plangebieten der Bebauungspläne Nr. 202/IV und Nr. 262 erhalten einen ausreichenden Durchmesser mit 20 m.

In die Planunterlagen wird der Hinweis aufgenommen, dass die Anlieger von Stichstraßen ohne Wendeplätze ihre Abfallbehälter an der ordnungsgemäß von Abfallsammelfahrzeugen zu befahrenden Straßen zur Abfuhr bereitstellen müssen.

Am Ende von Stichstraßen (Sackgassen) sollen in der Regel geeignete Wendeanlagen eingerichtet werden. Sofern in Einzelfällen nicht ausreichend dimensionierte Wendeanlagen angelegt werden können, müssen die Anlieger der entsprechenden Stichstraßen ihre Abfallbehälter an der nächstliegenden öffentlichen, von den Sammelfahrzeugen zu befahrenden Straße zur Abfuhr bereitstellen. Dabei ist zu beachten, dass die Entfernungen zwischen den jeweils betroffenen Grundstücken und den Bereitstellungsstellen der Abfallbehälter an den ordnungsgemäß zu befahrenden Straßen ein vertretbares Maß (i.d.R.  $\leq 80$  m) nicht überschreiten.

### **Brandschutz**

Die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des abwehrenden Brandschutzes sind bei der Ausführung wie folgt zu beachten:

- Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.
- Für das geplante Gebiet ist die Löschwasserversorgung so zu erstellen, dass eine Löschwassermenge von 48 m<sup>3</sup>/h (über 2 Stunden) zur Verfügung steht (Durchmesser der Leitung mindestens 100 mm).
- Der Abstand der einzelnen Hydranten von den Gebäuden 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydranten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit dem zuständigen Stadtbrandmeister festzulegen.

### **Immissionsschutz**

Das Immissionsschutzgutachten erhält keine Angaben, welche Tierbe-

Die Planungen werden aus brandschutztechnischer Sicht mit dem Stadtbrandmeister der Stadt Papenburg abgestimmt.

Für das Immissionsschutzgutachten zur Bauleitplanung im Be-

<p>stände (Anzahl, Art) dem Gutachten zugrunde liegen. Erst nach Prüfung dieser Daten kann eine immissionsschutzrechtliche Stellungnahme erfolgen. Sofern die zu berücksichtigenden Tierhaltungsanlagen nach Baurecht genehmigt wurden, sind die Daten von der Stadt Papenburg (Baugenehmigungsbehörde) zu prüfen.</p>	<p>reich Aschendorf „Waldseestraße“, erstellt von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen vom 15.08.2016, liegen Angaben zu Tierbeständen vor. Diese Daten dürfen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht offen gelegt werden. Diese Angaben werden den Fachbehörden im weiteren Bauleitplanverfahren auf Anforderung zur Verfügung gestellt. Die Daten stimmen mit den eingereichten Zahlen, die der Bauaufsicht vorliegen, überein.</p>
--	--